



Gewerbeaufsicht  
in Niedersachsen



**Staatliches Gewerbeaufsichtsamt  
Braunschweig**  
Behörde für Arbeits-, Umwelt- und  
Verbraucherschutz

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig  
Petzvalstr. 18, 38104 Braunschweig



JL Goslar GmbH & Co. KG  
Im Schleeke 108  
38640 Goslar

Bearbeiter/in:  
Herr Dr. Hamann

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)  
12\_2011-BS-1 han/ho

Durchwahl 0531  
37006-12

Braunschweig  
08.03.2011

**Durchführung der Strahlenschutzverordnung - StrlSchV -  
Genehmigung zur Tätigkeit in fremden Anlagen oder Einrichtungen gemäß § 15 StrlSchV  
Antrag vom 10.02.2011**

**1 Genehmigung 08/2011 Han**

Auf Grund von § 15 der Strahlenschutzverordnung - StrlSchV - wird der

JL Goslar GmbH & Co. KG  
Im Schleeke 108  
38640 Goslar

vertreten durch den Strahlenschutzverantwortlichen Herrn Erhard Grab

im Rahmen von Unterhaltsreinigungen die Genehmigung erteilt, unter Ihrer Aufsicht stehende Personen in fremden Anlagen oder Einrichtungen als beruflich strahlenexponierte Personen zu beschäftigen oder selbst wahrzunehmen.

Die Genehmigung gilt 5 Jahre und ist nicht übertragbar.

Strahlenschutzbeauftragter im Sinne  
des § 31 Abs. 2 StrlSchV ist:  
als Vertreter:

Herr Markus Winkler  
Herr Hartmut Walk

Eine Veränderung ist nach Maßgabe des § 31 Abs. 4 StrlSchV anzuzeigen.

## **2 Nebenbestimmungen**

Die Genehmigung ist mit folgenden Auflagen verbunden:

### **2.1**

Vor Beginn einer Tätigkeit von Bezugspersonen ist zwischen dem Inhaber dieser Genehmigung und dem Strahlenschutzverantwortlichen der Anlage oder Einrichtung, in der Bezugspersonen tätig werden sollen, eine schriftliche Vereinbarung über die organisatorischen und administrativen Maßnahmen zur Gewährleistung des Strahlenschutzes der Bezugspersonen abzuschließen. Diese Vereinbarung ist der Genehmigungsbehörde auf Anforderung vorzulegen.

Die Vereinbarung muss insbesondere enthalten:

#### **2.1.1**

Die Verpflichtung des Strahlenschutzverantwortlichen der betreffenden Anlage oder Einrichtung

##### **2.1.1.1**

den Inhaber dieser Genehmigung über die Bestimmungen der für die Anlage oder Einrichtung geltenden Genehmigungsaufgaben, Strahlenschutzanweisungen und Anordnungen, die von den Bezugspersonen zu beachten sind, zu unterrichten

##### **2.1.1.2**

die Bezugsperson in der Anlage oder Einrichtung nur tätig werden zu lassen, wenn

- durch einen seiner Strahlenschutzbeauftragten oder durch eine von ihm bestimmte geeignete Person die erforderliche Unterweisung, insbesondere über die Strahlenschutzanweisung der Anlage oder Einrichtung, erfolgt ist und in diesem Zusammenhang die Tätigkeiten behandelt worden sind, vor deren Aufnahme eine besondere Arbeitserlaubnis oder Einweisung einzuholen ist,
- diese Unterweisung in verständlicher Form und in der jeweiligen Sprache der Bezugsperson durchgeführt worden ist,
- jeder Strahlenschutzbeauftragte der Anlage oder Einrichtung, der für einen Arbeitsbereich zuständig ist, in dem Bezugspersonen tätig werden sollen, über die Personen sowie Art und Beginn der vorgesehenen Tätigkeit unterrichtet worden ist,
- die erforderliche Schutzkleidung und Schutzausrüstung gestellt worden ist,
- die erforderlichen Dosimeter vorhanden sind und deren Benutzung erläutert worden ist

##### **2.1.1.3**

den Inhaber dieser Genehmigung über besondere Vorkommnisse und Maßnahmen, die Bezugspersonen betreffen, unverzüglich zu unterrichten, insbesondere über:

- Verstöße gegen die Strahlenschutzanweisungen oder die Anordnungen des Strahlenschutzverantwortlichen oder -beauftragten in der Anlage oder Einrichtung,
- Überschreitungen der Dosis- und Aktivitätszufuhr Grenzwerte nach StrlSchV,
- Kontaminationen, die nicht sofort und mit einfachen Dekontaminationsmaßnahmen beseitigt werden können,



## **Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig**

- Durchführung von Inkorporationsmessungen aus besonderem Anlass und Ergebnisse,
- sicherheitstechnisch bedeutsame Ereignisse und deren Auswirkungen, wobei Bezugspersonen Betroffene oder Verursacher sind,

### **2.1.1.4**

den Inhaber dieser Genehmigung über im Zusammenhang mit dem Tätigwerden in der Anlage oder Einrichtung festgestellte Dosiswerte (äußere und innere Strahlenexposition) sowie über die Ergebnisse der erforderlichen Ermittlungen (§ 41 Abs. 2 StrlSchV) von Körperdosen bei Bezugspersonen unverzüglich zu unterrichten, sofern sie nicht bei Verlassen der Anlage oder Einrichtung in den Strahlenpass eingetragen werden konnten,

### **2.1.1.5**

die Bezugspersonen Strahlenexpositionen aus besonderem Anlass nur dann auszusetzen, wenn die Bezugsperson hierüber informiert worden ist und der Inhaber dieser Genehmigung oder ein von ihm in der Vereinbarung hierfür benannter Strahlenschutzbeauftragter seine Zustimmung erteilt hat, sofern diese in angemessener Zeit eingeholt werden kann,

### **2.1.1.6**

Materialien und Gegenstände, die vom Inhaber dieser Genehmigungen oder von seinen Bezugspersonen in die Anlage oder Einrichtung eingebracht worden sind, im Fall der Kontamination bis zu einer Entscheidung über deren weiteren Verbleib in der Anlage oder Einrichtung zu verwahren.

## **2.2**

Der Inhaber dieser Genehmigung hat bis zum 15.04.2011 eine Strahlenschutzanweisung gemäß § 34 StrlSchV zu erstellen/aktualisieren, die der Genehmigungsbehörde auf Verlangen vorzulegen ist. Die Strahlenschutzanweisung muss insbesondere folgende Punkte enthalten:

- die Aufstellung eines Planes für die Organisation des innerbetrieblichen Strahlenschutzes unter Berücksichtigung der Unterweisung, ärztlicher Überwachung, Führung der Strahlenpässe und Strahlenschutzdatei sowie der Einsatz der erforderliche Personendosimeter,
- die Regelung des für den Strahlenschutz wesentlichen Betriebsablaufs,
- die regelmäßige Funktionsüberprüfung und Wartung von Geräten, Anlagen und sonstigen Vorrichtungen, die für den Strahlenschutz wesentlich sind, sofern sie vom Genehmigungsinhaber bereitgestellt werden, sowie die Führung von Aufzeichnungen hierüber.

Änderungen der Strahlenschutzanweisung sind der Genehmigungsbehörde unverzüglich mitzuteilen.

## **2.3**

Der Inhaber dieser Genehmigung hat sicherzustellen, dass die Bezugspersonen gemäß § 38 StrlSchV unterwiesen werden. Dabei sind insbesondere die für ihre Tätigkeit in verschiedenen Anlagen oder Einrichtungen

- wesentlichen allgemeinen Kenntnisse im Strahlenschutz,
- maßgeblichen organisatorisch-technischen Einsatzabläufe und Schutzmaßnahmen

## **Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig**

zu vermitteln, und es ist auf die Notwendigkeit einer ergänzenden anlagen- oder einrichtungsspezifischen Unterweisung durch den Strahlenschutzbeauftragten der Anlage oder Einrichtung (s. Nr. 2.1.1.2) hinzuweisen.

Die Unterweisung ist in verständlicher Form und in der jeweiligen Sprache der Bezugspersonen durchzuführen.

### **2.4**

Der Inhaber dieser Genehmigung hat den Strahlenschutzverantwortlichen der betreffenden Anlage oder Einrichtung unverzüglich zu unterrichten sowie die entsprechenden Eintragungen in den Strahlenpass vorzunehmen, wenn er bei Bezugspersonen Überschreitungen der Dosis- oder Aktivitätszufuhr Grenzwerte feststellt.

### **2.5**

Der Inhaber dieser Genehmigung hat

#### **2.5.1**

die Personendosis an jeder Bezugsperson gem. § 41 Abs. 3 Satz 1 StrlSchV mit einem Dosimeter messen zu lassen, das er vom

Materialprüfungsamt  
Nordrhein-Westfalen  
Marsbruchstraße 186  
44287 Dortmund

anfordert; dies gilt auch, wenn die Bezugspersonen aufgrund dieser Genehmigung zeitweise in anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland tätig werden,

#### **2.5.2**

dafür zu sorgen, dass die Bezugspersonen auch die vom Betreiber der fremden Anlage oder Einrichtung auszugebenden Personendosimeter tragen und vorzusehenden Kontaminations- und Inkorporationsüberwachungen befolgen.

#### **2.5.3**

an Bezugspersonen, die mit offenen radioaktiven Stoffen umgehen, entsprechend der Richtlinie für die physikalische Strahlenschutzkontrolle zur Ermittlung der Körperdosis bei innerer Strahlenexposition (Rundschreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit RS II 3 - 15530/1 v. 12.01.2007) die Inkorporationsmessungen von der Medizinischen Hochschule Hannover durchführen zu lassen, sofern solche Messungen nicht vom Betreiber der Anlage oder Einrichtung veranlasst worden sind.

Bei Tätigkeiten in Anlagen oder Einrichtungen außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der unter Hinweise genannten Aufsichtsbehörde kann die für die betreffende Anlage oder Einrichtung zuständige Aufsichtsbehörde eine andere geeignete Messstelle für Inkorporationsmessungen bestimmen.

### **2.6**

Der Inhaber dieser Genehmigung hat neben den Strahlenpässen eine Strahlenschutzdatei zu führen. Ihr müssen alle zur Führung der Strahlenpässe notwendigen Angaben sowie Inhalte und Zeitpunkte der Unterweisung gemäß Auflage Nr. 2.3 entnommen werden können.



## **Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig**

Die bei Arbeiten in Anlagen oder Einrichtungen außerhalb des Geltungsbereiches der Strahlenschutzverordnung erhaltenen Körperdosen sind ebenfalls in den Strahlenpass einzutragen. Dazu kann das Dosimeter der unter Nr. 2.5.1 genannten Messstelle verwendet werden.

### **2.7**

Bis zum 15.04.2011 sind der Aufsichtsbehörde die unter Aufsicht des Inhabers dieser Genehmigung stehenden Bezugspersonen mitzuteilen. Die Mitteilung soll

- Name, Vorname
- Geburtsdatum
- Länderkennzeichnung, Registriernummer und fortlaufende Nummer des Strahlenpasses bzw. Kennzeichnung eines ausländischen Strahlennachweisheftes

enthalten. Unter Bezug auf diese Angaben sind vierteljährlich, erstmals zum 15.05.2011, der Aufsichtsbehörde der Zu- und Abgang von Bezugspersonen mitzuteilen.

## **3 Hinweise**

### **3.1**

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist

- a) das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig und
- b) die am Ort der Tätigkeit in einer fremden Anlage oder Einrichtung zuständige Aufsichtsbehörde.

### **3.2**

Die gemäß § 40 Abs. 2 StrlSchV erforderlichen Strahlenpässe sind beim Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig registrieren zu lassen. Zu diesem Zweck sind Strahlenpässe nach dem Muster der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zu § 40 Abs. 2, § 95 Abs. 3 der StrlSchV und § 35 Abs. 2 der RÖV (AVV-Strahlenpass) zu verwenden.

Auf die Benachrichtigung der Registrierbehörde entsprechend den Nummern 2.2, Satz 1 und 2, 2.3, 3.4 Satz 2 und 5 Satz 2 der Erläuterungen im Strahlenpass wird hingewiesen.

### **3.3**

Die nachträgliche Forderung weiterer Schutzmaßnahmen und die nachträgliche Erteilung von Auflagen entsprechend dem Stand der Wissenschaft und Technik gem. §§ 17 bzw. 19 Abs. 3 AtG in Verbindung mit § 113 StrlSchV sowie die Möglichkeit des Widerrufs gem. § 17 AtG bei Nichterfüllen der Genehmigungsbedingungen und Auflagen oder bei Fortfall der Genehmigungsvoraussetzungen bleibt vorbehalten.

## **4 Begründung**

Dieser Genehmigung liegt Ihr Antrag vom 23.02.2011 zugrunde. Dem Antrag sind die erforderlichen Unterlagen beigelegt worden.

Die Prüfung der Antragsunterlagen ergab, dass die in § 15 Abs. 2 StrlSchV genannten Genehmigungsvoraussetzungen erfüllt sind.

Die in dem Genehmigungsbescheid aufgeführten Nebenbestimmungen wurden gemäß § 17 Abs. 1 AtG auferlegt, um die Erfüllung der Genehmigungsvoraussetzungen sicherzustellen. Die Nebenbestimmungen beruhen auf gesetzlichen Vorschriften, Richtlinien und Erfordernissen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik.

## Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig

Die von Ihnen beantragte Genehmigung war daher unter den vorgenannten Nebenbestimmungen zu erteilen.

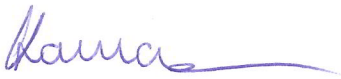
### 5 Kostenentscheidung

Für diese Genehmigung werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Hierfür ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid.

### 6 Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder mündlich zur Niederschrift beim Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig, Petzvalstr. 18, 38104 Braunschweig, einzulegen.

Im Auftrage



Dr. U. Hamann

### Anlage

Kostenfestsetzungsbescheid

### Anhang

#### Rechtsquellen:

- **Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz - AtG)** in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.07.1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12.08.2005 (BGBl. I S. 2365)
- **Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung - StrlSchV)** in der Fassung vom 20.07.2001 (BGBl. I S. 1714, ber. 2002, 1459), zuletzt geändert durch Artikel 2 § 3 Abs. 31 des Gesetzes vom 01.09.2005 (BGBl. I S. 2618)
- **Allgemeine Verwaltungsvorschrift zu § 40 Abs. 2, § 95 Abs. 3 Strahlenschutzverordnung und § 35 Abs. 2 Röntgenverordnung („AVV Strahlenpass“)** vom 20.07.2004 zu verwenden (Bundesanzeiger vom 31.07.2004, Nr. 142 a)
- **Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG)** in der Fassung vom 25.04.2007 (Nds. GVBl. S. 172), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 17.12.2007 (Nds. GVBl. S. 775)
- **Verordnung über die Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen und Leistungen (Allgemeine Gebührenordnung - AllGO)** vom 05.06.1997 (Nds. GVBl. S. 171, 1998 S. 501), zuletzt geändert durch Verordnung vom 07.12.2009 (Nds. GVBl. S. 452)